

# Aktuelles

## aus der Welt der Finanzen

Adolph Finanzplanung  
& Wirtschaftsberatung  
Dienstleistungsgesellschaft mbH

Juli/August 2006

**Das Zitat des Monats:**

*"Es ist ein Fonds, den niemand braucht, der alle stört, der eigentlich nur Verwaltung produziert ohne Sinn und Verstand."*

(Herbert Rebscher, Chef der DAK)



Ihr Autor:

Thomas Adolph, Geschäftsführer

Adolph Finanzplanung  
& Wirtschaftsberatung  
Dienstleistungsgesellschaft mbH

Vilbeler Landstr. 186  
60388 Frankfurt  
Tel.: 06109-50560  
Fax: 06109-505629

eMail: [info@afw-gmbh.de](mailto:info@afw-gmbh.de)  
[www.afw-gmbh.de](http://www.afw-gmbh.de)

Eingetragen beim Amtsgericht Frankfurt am  
Main, HRB 41993

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer DE  
183961131

Erlaubnis nach §34c GewO erteilt durch das  
Ordnungsamt der Stadt Frankfurt am Main

**Hinweis / Haftungsausschluss:**

Reproduktion oder Weiterversand dieses Newsletters, ganz oder teilweise, nur mit Einverständnis des Herausgebers und Quellenangabe. Alle Rechte vorbehalten. Die in diesem Newsletter enthaltenen Angaben basieren auf Informationen aus Quellen, die von AFW als seriös und glaubwürdig eingeschätzt werden. AFW nimmt keine Überprüfung der Richtigkeit oder Genauigkeit solcher Informationen vor. Alle Angaben sind daher ohne Gewähr.

Unser Angebot enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist stets ausschließlich der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich, dessen Meinung wir uns ausdrücklich nicht zu eigen machen. Insofern wird jede Haftung ausgeschlossen.

Redaktionsschluss: 15.08.2006

Guten Tag liebe Leserinnen und Leser,

angesichts der großen Diskussionen um die Gesundheitsreform widmen wir heute diesen Sondernewsletter nur diesem Thema. Nachdem sich die regierende Koalition auf den kleinsten gemeinsamen Nenner aus "Kopfpauschale" und "Bürgerversicherung" geeinigt hat, ist wenig Gutes für mehr als 80 Mio. Bundesbürger zu erwarten.

Auch wenn die Regierung nun versucht, mit einer rund 2,5 Mio. EUR teuren Werbekampagne die noch nicht einmal in Gesetzesform gebrachten Beschlüsse dem Wahlvolk schmackhaft zu machen, so sind die zu erwartenden negativen Folgen wie so oft deutlich größer als der vermeintliche Nutzen.

Wir haben versucht, das Ganze für Sie in einigen Themenblöcken übersichtlich darzustellen:

**Die Themen:**

- |   |      |
|---|------|
| 1. Der Weg zur Reform in Kürze                              | S. 1 |
| 2. Aktueller Stand der Reformvorhaben (zum 14.8.2006)       | S. 2 |
| 3. Wo der Murks im System steckt                            | S. 3 |
| 4. Die Folgen für Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen | S. 5 |
| 5. Die Folgen für privat Krankenversicherte                 | S. 6 |
| 6. Maßnahmen für Versicherte                                | S. 7 |
| 7. Und dann war da noch...                                  | S. 8 |

**1. Der Weg zur Reform in Kürze**

Die Spitzengremien der regierenden schwarz-roten Koalition haben im Juli 2006 die Grundlagen der nächsten Gesundheitsreform beschlossen. Dabei ging es erst einmal um einen Kompromiß zwischen den im Grunde unvereinbaren Kernvorstellungen beider Parteien:

Die CDU wollte die "Kopfpauschale", das heißt einen einheitlichen Beitrag je Versichertem abhängig von den Kosten der jeweiligen Krankenkasse. Damit wäre den massiv steigenden Leistungsausgaben jedoch nicht entgegengewirkt worden und die Beiträge hätten nicht der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Einzelnen entsprochen.

Die SPD verlangte die "Bürgerversicherung", also die Zwangsmitgliedschaft aller Bürger in der Gesetzlichen Krankenkasse. Davon, daß künftig 100% statt wie bisher nur ca. 90% aller Deutschen gesetzlich versichert sind, versprach man sich die Lösung aller Probleme - trotz der Tatsache, daß auch viele Personen mit niedrigem Einkommen (Selbständige, Existenzgründer) oder ganz ohne Einkommen (nicht arbeitende Familienangehörige) privat versichert sind. Und diese hätten den gesetzlichen Kassen de facto keine Mehreinnahmen sondern statt dessen wohl sogar Mehrausgaben gebracht.



Allgemeine Informationen:

[www.afw-gmbh.de](http://www.afw-gmbh.de)

Unter [www.afw-gmbh.de](http://www.afw-gmbh.de) finden Sie die zentrale Internetseite der Adolph Finanzplanung und Wirtschaftsberatung Dienstleistungsgesellschaft mbH. Hier haben wir Ihnen viele nützliche Informationen und Tips rund um die Themen Versicherung, Investment, persönliche Finanzplanung und Vorsorge zusammengestellt.

Neben einer Übersicht wirklich notwendiger Versicherungen können für viele Bereiche Angebote online berechnet und beantragt werden.

Eingehend wird auch der Bereich der Finanzplanung erläutert. Dabei handelt es sich um einen umfassenden Ansatz, bei dem Versicherungen und Kapitalanlagen nicht mehr getrennt betrachtet, sondern sinnvoll kombiniert und optimiert werden. Hierzu gibt es leicht verständliche Beispiele und übersichtliche Grafiken.

Bei komplexen und umfangreichen Themen haben wir Links zu speziellen und ausführlichen Webseiten eingebaut.

Für Finanzberater interessant ist unsere in Eigenregie entwickelte Analysesoftware FINANZSOFT, für die eine Musterauswertung einsehbar ist.

Interessierte Leser finden auch ein umfangreiches Pressearchiv mit Artikeln von oder über uns.

Die Kerngespräche zu einer Lösung fanden dann pikanterweise unter Ausschluß der zuständigen Fachministerin, Gesundheitsministerin Ulla Schmidt statt. Angesichts der in der Vergangenheit von ihr gezeigten erheblichen Kompetenzlücken eine verständliche, wenn auch in der Geschichte der Bundesrepublik ziemlich einmalige Konsequenz, die genau die ihr entgegengebrachte Wertschätzung zeigt. Später durfte Frau Schmidt dann aber wieder an den Arbeitsgruppen teilnehmen, da das ihr unterstehende Ministerium schließlich die Umsetzung durchzuführen hat.

So kam es, daß in der Nacht vom 2. auf den 3. Juli 2006 die 45 Mitglieder des Spitzengremiums von SPD, CDU und CSU mit zwei Gegenstimmen und fünf Enthaltungen die Eckpunkte der Gesundheitsreform beschlossen haben.

## 2. Aktueller Stand der Reformvorhaben (zum 14.8.2006)

Kernpunkt der Gesundheitsreform ist die Einführung eines sogenannten "Gesundheitsfonds". Der längst vollkommen überstrapazierte Fonds-Begriff bekommt hiermit eine weitere negative Bedeutung.

Ab 2008 wird dann nicht mehr jede einzelne Krankenkasse für den Beitragseinzug selbst verantwortlich sein, sondern eine zentrale Einzugsstelle (eben dieser "Gesundheitsfonds"). Aus diesem Topf wird nun aber jede Krankenkasse exakt den gleichen Betrag je Mitglied erhalten. Wenn die Krankenkassen mit dem staatlicherseits definierten Beitrag nun nicht klarkommen, dann dürfen sie einen zusätzlichen Beitrag direkt vom Versicherten erheben.

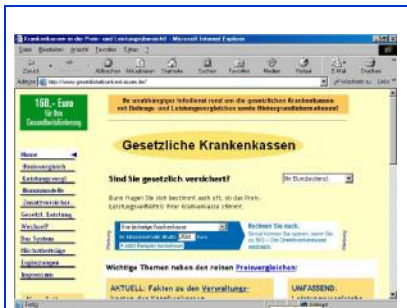
Der Fonds an sich wird gespeist aus einem Grundbeitrag, den Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Hälfte tragen. Hinzu kommt der schon heute bestehende 0,9%ige Zusatzbeitrag, der alleine vom Arbeitnehmer zu zahlen ist.

Da diese Einnahmen noch lange nicht ausreichen, die tatsächlichen Kosten zu decken, wird es auch weiterhin einen Bundeszuschuß aus Steuermitteln in Höhe von 5% der Ausgaben (das entspricht aktuell ca. 7,25 Mrd. EUR pro Jahr) geben. Offiziell sollen diese die politisch gewünschte beitragsfreie Mitversicherung von Kindern sichern, die ja nicht zu den eigentlichen Gesundheitskosten gehören.

Diese drei verschiedenen Einnahmen werden in einen großen Topf geworfen (eben den Gesundheitsfonds), nach einem "risikoadjustierten" Schlüssel nach Mitgliederstruktur der jeweiligen Krankenkasse unter Berücksichtigung von Alter, Krankheit, und Geschlecht aufgeteilt und dann an die entsprechenden Krankenkassen ausgezahlt.

Da nun nicht mehr jede Kasse einzeln die Beiträge einziehen muß, sollen die Bürokratie verringert und Kosten eingespart werden.

Graphisch sieht das so aus:



Vergleich Gesetzlicher Krankenkassen:

[gesetzlichekrankenkassen.de](http://gesetzlichekrankenkassen.de)

Unter [gesetzlichekrankenkassen.de](http://gesetzlichekrankenkassen.de) finden Sie den Infodienst der **Adolph Finanzplanung** und **Wirtschaftsberatung** Dienstleistungsgesellschaft mbH. Er soll Ihnen helfen, die für Sie passende Krankenkasse zu finden.

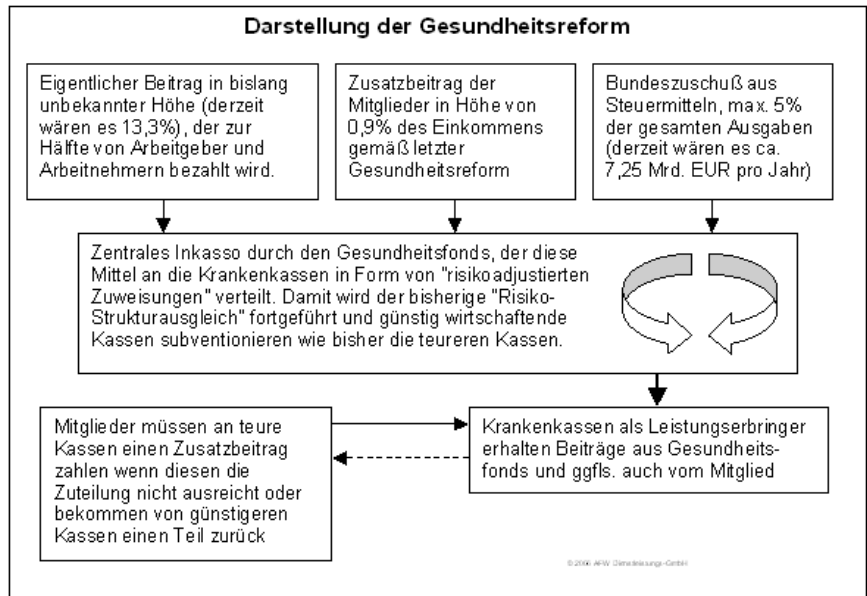
Außer allgemeinen Erläuterungen zu den Leistungen der Kassen geben wir hier vor allem einen ausführlichen Preis- und Leistungsvergleich der Gesetzlichen Krankenkassen.

Sortiert nach Bundesländern sind die günstigsten Krankenkassen aufgeführt. Spezielle Selbstbehalts- oder Bonusmodelle verschiedener Kassen können Sie in einer PDF-Datei abrufen.

Eine weitere Tabelle listet auf, welche Gesetzlichen Krankenkassen mit welchen Privaten Krankenversicherungen kooperieren, um private Zusatzversicherungen anzubieten.

Weiterhin erhalten Sie auf dieser Seite zahlreiche Hintergrundinformationen über das System und die Grundleistungen der Gesetzlichen Krankenkassen, den Wechsel der Kasse und Beitragsgrenzen.

Die umfangreichen Leistungsvergleiche des Infodienstes [www.gesetzlichekrankenkassen.de](http://www.gesetzlichekrankenkassen.de) wurden bereits mehrfach in der Zeitschrift "Ökotest" abgedruckt.



Zusätzlich sollen vor dem Start des Modells die offiziell nie erlaubten, tatsächlich aber doch vorhandenen Schulden der Krankenkassen in Höhe von mindestens 4 Mrd. EUR durch einen zusätzlichen Bundeszuschuß aus Steuermitteln abgebaut werden.

### 3. Wo der Murks im System steckt

Und nun schauen wir uns mal an, wo unsere lieben Politiker, die angeblichen Vertreter der Interessen des Volkes, wieder mal so richtig Murks gebaut haben:

#### § a) Fortführung des unsäglichen Risikostrukturausgleichs

Den Risikostrukturausgleich haben wir in unserem Newsletter schon so oft kritisiert, daß eine nochmalige detaillierte Darstellung zu weit führen würde. Das Hauptproblem ist hier die Benachteiligung gut wirtschaftender und effizienter Kassen zu Gunsten alter kostentreibender Strukturen. Zusätzlich kann der Gesundheitsfonds praktisch nach Gutsherrenart Gelder aufteilen, auszahlen oder bei "widerspenstigen" Kassen auch zurückhalten. Damit sind die Kassen de facto keine eigenständigen Institutionen mehr, sondern nur noch Erfüllungsgehilfen.

#### § b) Der Unfug des Mehrbeitrags

Angeblich soll der Mehrbeitrag den Wettbewerb der Krankenkassen ermöglichen. Indem man also den vom Gesundheitsfonds an die jeweiligen Kassen gezahlten Betrag etwas geringer hält, würden diese nach Ansicht der "Fachpolitiker" zu einem günstigen Wirtschaften gezwungen werden. Kommen sie mit diesem Beitrag nicht aus, dürfen sie kassenindividuell von ihren Mitgliedern einen zusätzlichen Mehrbeitrag erheben.

Dieser Mehrbeitrag darf aber maximal 1% des Haushaltseinkommens betragen (wahrscheinlich begrenzt bis zur Beitragsbemessungsgrenze, also wohl maximal EUR 36,53 pro Monat).

Heute hat die günstigste Krankenkasse einen Beitragssatz von 11,8% (IKK Sachsen) und die beiden teuersten Kassen einen Beitragssatz von 14,6% (AOK Berlin und AOK Saarland). Die Differenz macht also 2,8



Informationen zur Privaten  
Krankenversicherung:

[www.kv-infos.de](http://www.kv-infos.de)

Unter [www.kv-infos.de](http://www.kv-infos.de) finden Sie die Seite der Adolph Finanzplanung und Wirtschaftsberatung Dienstleistungsgesellschaft mbH mit Informationen rund um die Private Krankenversicherung.

Neben Grundinformationen zu Gesetzlichen und Privaten Krankenversicherungen und deren Unterschieden finden Sie hier Hinweise, was Sie bei der Auswahl einer Versicherungsgesellschaft beachten sollten.

Bei der Privaten Krankenversicherung können Sie zwischen einer Vollversicherung und einer Zusatzversicherung wählen. Für eine Vollversicherung müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Sie werden hier für verschiedene Personengruppen erläutert. Ferner finden Sie ausführliche Informationen zu Leistungsumfang, Beiträgen, Sicherheit im Alter, Familienversicherung, Wechsel zwischen Privater und Gesetzlicher Versicherung sowie Tips für die tägliche Praxis. Schließlich haben wir für Sie noch eine Liste der wichtigsten Privaten Krankenversicherungen zusammengestellt.

Die Leistungen der Gesetzlichen Krankenkassen werden immer weiter eingeschränkt. Entstehende Leistungslücken können durch eine private Zusatzversicherung abgedeckt werden. Über die möglichen Zusatzleistungen geben wir Ihnen einen Überblick.

Interessenten für eine Voll- oder Zusatzversicherung können sich online kostenfreie und unverbindliche Angebote erstellen lassen.

Prozentpunkte aus, fast das Dreifache des künftig möglichen Mehrbeitrags.

Wettbewerb drückt sich eben auch in den unterschiedlichen Preisen aus, die für eine Leistung erhoben werden. Wenn nun der Preiswettbewerb auf 1/3 zwangsweise zusammengeschrumpft wird, dann kann dies volkswirtschaftlich nur negative Folgen haben - nämlich insgesamt steigende Preise bzw. Beiträge für das Gesundheitssystem.

Aber im Gesundheitssystem feiert die eigentlich überwunden geglaubte Planwirtschaft der DDR ja eine fröhliche Wiederauferstehung...

#### § c) Die mögliche doppelte Bürokratie

Diese steht in direktem Zusammenhang mit dem oben beschriebenen Mehrbeitrag. Ein zentrales (oder zumindest "regional organisiertes") Inkasso aller Krankenkassen kann absolut Geld sparen helfen - wenn, ja, wenn da nicht wieder eine ineffiziente und vom Wettbewerb und Kostendruck vollkommen unberührt dahinwurschelnde Behörde entsteht. Angesichts der Erfahrungen in anderen Bereichen ist hier das Schlimmste zu befürchten.

Was aber noch nicht klar ist: Wie soll der den Kassen mögliche (und sicherlich zwangsläufig intensiv genutzte) Mehrbeitrag eingefordert werden? Über den Gesundheitsfonds? Oder von jeder einzelnen Krankenkasse selbst?

Und was hinzu kommt: Wie erfolgt die Berechnung und Verbuchung des vom Gesundheitsfonds an die Kasse zu zahlenden Beitrags?

Zu erwarten sind hier sehr wahrscheinlich mehrfache Gremien mit Doppelarbeiten und damit eine unnötige Aufblähung des Verwaltungsapparates. Die Gesetzlichen Krankenkassen sprechen schon jetzt von einer zu erwartenden Kostenerhöhung durch diese Beitragssammelstelle von bislang 1,3 Mrd. auf dann 2,5 Mrd. EUR.

#### § d) Wahrscheinliche Verfassungswidrigkeit des Beitrags für Kinder

Kinder sollen beitragsfrei mitversichert sein - aber nur in der Gesetzlichen Krankenkasse. Um diese Kosten zu decken, wird ein Bundeszuschuß gezahlt.

Der Bundeszuschuß aber besteht aus Steuermitteln - die auch von den Eltern privat versicherter Kinder bezahlt werden. Diese würden von ihren eigenen Zahlungen aber nicht profitieren, was eine klare Benachteiligung der in der Privaten Krankenversicherung versicherten Kinder wäre.

Hier ist mit einer Klärung vor dem Bundesverfassungsgericht zu rechnen.

#### § FAZIT:

Im Grund handelt es sich also bei dem Gesundheitsfonds um eine Entmündigung der Gesetzlichen Krankenkassen, denen nun die freie Finanzplanung weitgehend unmöglich gemacht wird. Schon bisher war es effizient wirtschaftenden Kassen durch den unsäglichen "Risikostrukturausgleich" und den damit verlangten Abführungen von bis zu 50% der gesamten Einnahmen (!) an schwache Kassen praktisch unmöglich, die Kostenvorteile in angemessener Form an ihre Mitglieder weiterzugeben. Doch nun ist eine fast vollständige "Gleichmacherei" vorgesehen, die den erst kürzlich entstandenen Wettbewerb zwischen den Krankenkassen nahezu komplett zerstören dürfte.

Einzigster Entscheidungsträger wird die Politik sein, deren kurzfristige Horizonte bis zum nächsten Wahl(r)ampf ja hinlänglich bekannt sind. Die Ergebnisse werden also zwangsläufig verheerend sein und zu Lasten aller ausfallen!



Informationen zur Vorsorge:

[www.vorsorgekatalog.de](http://www.vorsorgekatalog.de)

Der Vorsorgekatalog ist eine von der **Adolph Finanzplanung und Wirtschaftsberatung Dienstleistungsgesellschaft mbH** nun bereits im dritten Jahr herausgegebene Broschüre mit umfassenden Informationen zu den Themen Versicherung, Vorsorge und Geldanlage.

Nach einer tabellarischen Übersicht der sinnvollerweise benötigten Versicherungen finden Sie auf den folgenden Seiten zahlreiche nützliche Informationen und Tips zu folgenden Themen:

- § Sachversicherungen für Privatpersonen
- § Sachversicherungen für Hausbesitzer
- § Absicherung von Krankheitskosten
- § Absicherung von Lebensrisiken
- § Altersvorsorge
- § Altersvorsorge mit Versicherungen, Angebote für spezielle Gruppen
- § Kapitalanlagen
- § Spezielle Aufgabenstellungen

Unter [www.vorsorgekatalog.de](http://www.vorsorgekatalog.de) können Sie den Katalog als PDF-Datei herunterladen. Dort sind auch Links zu den im Katalog genannten Internetseiten.

Kaum bedacht wurden offensichtlich auch die weiteren Folgen dieser Reform: Alleine die zum 01.01.2007 vorgesehene Steigerung der Krankenkassenbeiträge um pauschal 0,5% (zum Ausgleich der um 4,2 Mrd. EUR gekürzten Bundeszuschüsse) wird nach Berechnungen von [stern.de](http://www.stern.de) eine Belastung der ohnehin schon mehr als klammen Gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von rund 500 Mio. EUR pro Jahr zusätzlich zur Folge haben. Das bedeutet in der Konsequenz nichts anderes, als daß nach der längst beschlossenen Erhöhung der Rentenkassenbeiträge zum Januar 2007 um 0,4% auf dann 19,9% eine weitere Steigerung bei den Sozialabgaben zu erwarten ist.

Ach ja: Die Kosten der Mehrwertsteuererhöhung sind in den vorgesehenen Beitragserhöhungen der Gesetzlichen Krankenkassen mit heutigem Stand noch gar nicht berücksichtigt!

#### 4. Die Folgen für Mitglieder der Gesetzlichen Krankenkassen

Das ist sehr schnell zusammengefaßt: Weniger Wettbewerb, dadurch steigende Kosten, mehr Beiträge und zum Ausgleich weniger Leistungen. Wem das zu negativ erscheint, der schaue sich nur mal die Entwicklung in der Vergangenheit an: <http://www.gesundheitsreformen.info> - da ist deutlich abzulesen, was leistungsmäßig zu erwarten ist. Diese neue Gesundheitsreform ist in erster Linie eine Umstellung der Beitragserhebung, ohne etwas an der Bemessung oder dem Aufkommen an sich zu ändern. Also im Grunde reine Kosmetik zur Gesichtswahrung der politischen Entscheidungsträger ohne jeden positiven Effekt auf das System.

Schon vor Inkrafttreten der eigentlichen Gesundheitsreform sollen die Krankenkassen ja ihre Beiträge zum 01.01.2007 um 0,5%-Punkte erhöhen. Angesichts der noch nicht eingerechneten Mehrwertsteuererhöhung könnten es dann wohl eher 0,8%-Punkte mehr werden. Und wo soll da diese Reform Kosten senken????

Kein Wunder, daß die Krankenkassen angesichts der anstehenden Entmündigung ohne jeden Vorteil für die Versicherten Sturm gegen die Pläne der Regierung laufen. Gesundheitsministerin Ulla Schmidt will ihnen da die Aufklärung der Versicherten sogar untersagen, damit die Regierungspropaganda (Sie erinnern sich an die DDR und andere totalitäre Staaten?) auch richtig wirkt:





Informationen zur Absicherung im  
Alter:

[seniorenversicherung.com](http://www.seniorenversicherung.com)

Unter [www.seniorenversicherung.com](http://www.seniorenversicherung.com) bietet die Adolph Finanzplanung und Wirtschaftsberatung Dienstleistungsgesellschaft mbH speziell für Menschen im besten Alter Informationen und Angebote für eine bedarfsgerechte Absicherung.

Wir zeigen Ihnen zunächst, welchen speziellen Bedarf Senioren haben können. Neben den für jedermann notwendigen Versicherungen (Haftpflicht und Hausrat) steht vor allem der Schutz vor unerwarteten Ereignissen im Vordergrund. Sie finden hier Informationen und Angebote zu Unfallversicherungen, Pflegerente (finanzielle Absicherung bei Pflegebedürftigkeit), Sterbegeld (Absicherung der Kosten der eigenen Bestattung) und Bestattungsvorsorge, eine in Deutschland einmalige Möglichkeit, die eigene Bestattung zu Lebzeiten unkompliziert und nach den eigenen Wünschen zu regeln und gleichzeitig finanziell abzusichern.

Nicht minder wichtig ist inzwischen die Aufbesserung der Rente. So bieten wir Informationen und Angebote zu Möglichkeiten der Zukunftsrente, Sofortrente und Geldanlage, sowie einer "Starthilfe" für die Enkelkinder.

Auch diese Seite wird durch Leistungs- und Preisbeispiele sowie Online-Berechnungen und -Anträge abgerundet.

Angeblieh werde Frau Schmidt nicht zulassen, daß die Krankenkassen Gelder Ihrer Versicherten für eine "Desinformationskampagne" mißbrauchen. Wir fragen hier besser nicht, wer da Desinformation betreibt...

Aber seien wir nicht gar so hart gegenüber Gesundheitsministerin Ulla Schmidt und ihrem "großen Wurf". In Details kommen wir ja einen großen Schritt voran:

- Alle Gesetzlichen Krankenkassen MÜSSEN nun ein Hausarztmodell anbieten. Das allerdings haben ohnehin schon die allermeisten freiwillig getan.
- Alle Gesetzlichen Krankenkassen MÜSSEN nun ein Selbstbehaltsmodell anbieten. Auch das haben schon die meisten bislang freiwillig getan.
- Apotheker und Krankenkassen KÖNNEN Rabatte bei Arzneimitteln aushandeln, die dann teilweise den Versicherten zugute kommen.
- Bei regelmäßiger Vorsorge mit einem "Vorsorge-Scheckheft" sind chronisch Kranke von der 1%igen Zuzahlung befreit.
- An den Kosten von selbstverschuldeten Behandlungen wie z.B. Entfernung von Piercings müssen sich die Versicherten beteiligen.

Toll, oder?

Was aber ein klarer Vorteil wäre ist das Rückkehrrecht. Künftig soll gelten: "Wer seinen Krankenversicherungsschutz verloren hat, darf in die Versicherung zurückkehren, bei der er zuletzt versichert war."

Das ist natürlich gerade für Selbständige hochinteressant, die aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten aus der Gesetzlichen Krankenkasse ausgeschlossen wurden.

Die Frage ist, ob das automatisch auch unbegrenzt in die Vergangenheit gilt - wenn z.B. jemand jahrelang im Ausland gelebt hat und dann nach Deutschland im Rentenalter zurückkehrt, kann er sich bislang gar nicht mehr gesetzlich versichern. Würde hier eine Mitgliedschaft vor 40 Jahren als Anspruchsgrund ausreichen? Es bleiben also noch viele Details unklar.

## 5. Die Folgen für privat Krankenversicherte

Auch die Privaten Krankenversicherungen (PKV) sind von der Gesundheitsreform betroffen. Ihnen sollen künftig zwei Verpflichtungen auferlegt werden:

Der schon bestehende Basistarif ist so weiter zu entwickeln, daß sich darin jeder unabhängig von seiner Gesundheit versichern kann. Er wäre dann also eine Art Gesetzliche Krankenversicherung bei privaten Versicherern, in die jeder frei eintreten darf.

Auch müssen die Privaten Krankenversicherungen dann wieder jedes frühere Mitglied, das den Versicherungsschutz verloren hat, in diesen Basistarif aufnehmen wie die Gesetzlichen Krankenkassen auch.

Weiterhin soll die PKV die Altersrückstellungen so gestalten, daß der Versicherte sie bei einem Wechsel mitnehmen kann - auch zur Gesetzlichen Krankenkasse (GKV). Wie das aber ohne Enteignung möglich sein soll (schließlich ist die GKV ein Solidartopf, an den der Wechsler die mitgenommenen Rückstellungen abgeben müßte), ist sicherlich auch den Verantwortlichen nicht mal im Ansatz klar.



Informationen zur Altersvorsorge:

[www.lv-angebote.de](http://www.lv-angebote.de)

Unter [www.lv-angebote.de](http://www.lv-angebote.de) bietet die Adolph Finanzplanung und Wirtschaftsberatung Dienstleistungsgesellschaft mbH Informationen rund um die verschiedenen Formen der Lebensversicherung und der Vorsorge.

Auf folgende Sparten der Lebensversicherung wird dabei ausführlich eingegangen und deren Vor- und Nachteile gegenübergestellt: Kapitallebensversicherung, Private Rentenversicherung, Fondspolice mit und ohne Mindestverzinsung, Britische Lebensversicherung, "Riester-Rente", "Rürup-Rente", Risiko-Lebensversicherung, Berufsunfähigkeitsversicherung, Unfallversicherung und Spezialformen der Lebensversicherung für besondere Anforderungen.

Zu den verschiedenen Vorsorge- und Sparformen finden Sie eine Kurzübersicht der Vor- und Nachteile. Dabei sind auch alternative Formen wie z.B. Investmentfonds berücksichtigt.

Sie können sich online individuell Leistungen und Beiträge errechnen lassen – und dies kostenfrei und unverbindlich!

Zur beschleunigten Bearbeitung eines Antrags steht Ihnen unser kostenfreier, hauseigener Service des "Antrags-Tracking" nutzen.

Abgerundet wird die Seite durch einige Fachartikel, die Ihnen bei der Auswahl der für Sie optimalen Gesellschaft helfen sollen.

Zusätzlich zu diesen versicherungstechnischen Änderungen soll der Wechsel von der Gesetzlichen Krankenkasse in die Private Krankenversicherung deutlich erschwert werden. Ein Wechsel soll künftig erst dann möglich sein, wenn der Versicherte die letzten drei Jahre in Folge über der Versicherungspflichtgrenze (aktuell EUR 3.937,50 pro Monat) verdient hat.

Bislang reichte es, im Vorjahr und im laufenden Jahr über dieser Grenze zu liegen, um ein Wechselrecht zu haben.

## 6. Maßnahmen für Versicherte

### § a) Privat Versicherte

Bereits privat Versicherte brauchen sich wohl keine Sorgen zu machen: Ihr demographisch sicheres und kapitalgedecktes System bleibt grundsätzlich unverändert bestehen.

Möglicherweise könnte es künftig möglich sein, wieder leichter in die Gesetzliche Krankenkasse zurückzukehren, da die Wechselregelungen durchlässiger gestaltet werden können.

Auch könnte es unter Umständen (bei einem entsprechenden Verfassungsgerichtsurteil) möglich sein, daß die zu zahlenden Beiträge für Kinder aus Steuermitteln getragen werden.

Ob sich der anzubietende Basistarif und die eventuell entstehenden Kosten durch krank aufzunehmende Versicherte in irgendeiner Form auf die in anderen Tarifen Versicherten auswirken werden, ist noch nicht genau abzusehen, aber eher unwahrscheinlich.

Sollte die Verpflichtung zur Mitnahme der Altersrückstellungen kommen, könnten künftig neue Tarife mit anderer Kalkulation angeboten werden, in die ohne Gesundheitsfragen gewechselt werden kann.

Für bereits privat Krankenversicherte besteht also unseres Erachtens kein Handlungsbedarf!

### § b) Gesetzlich Versicherte

Wer Pflichtmitglied ist wird sich wohl auf höhere Beiträge und sinkende Leistungen einstellen müssen und kann dagegen - außer einem Kreuz an anderer Stelle bei der nächsten Bundestagswahl - nichts tun.

Freiwillige Mitglieder hingegen sollten sich dringend überlegen, ob sie nicht doch in die Private Krankenversicherung wechseln wollen.

Um hier eine massive Wechselbewegung zu unterbinden hat die Politik einen Stichtag genannt: Angeblich gilt bereits seit dem 03.07.2006 die neue 3-Jahres-Frist für die Erlaubnis zum Wechsel (d.h. Arbeitnehmer müssen drei Jahre in Folge oberhalb der Versicherungspflichtgrenze verdient haben, bevor sie aus der Gesetzlichen in die Private Versicherung wechseln dürfen).

Am 3.7.2006 wurde der Koalitionsbeschluß zur Gesundheitsreform gefaßt, es handelte sich aber nicht um den Tag der Verabschiedung eines Gesetzes. Daher erscheint dies eine reine "Nebelkerze" der Regierung zu sein, um einen Exodus zu vermeiden.

Die Juristen der Privaten Krankenversicherung gehen davon aus, daß bis zur ersten Lesung des entsprechenden Gesetzes die alte Regelung gilt: Sofern man im Vorjahr über der Versicherungspflichtgrenze verdient hat (Jahr 2005: EUR 46.800,- insgesamt) und im laufenden Jahr voraussichtlich auch über der Grenze liegt (Jahr 2006: EUR 47.250,- insgesamt), dann kann man noch immer wechseln!



Ihr Autor:  
Thomas Adolph

Vilbeler Landstr. 186  
60388 Frankfurt  
Tel.: 06109-50560  
Fax: 06109-505629

eMail: [info@afw-gmbh.de](mailto:info@afw-gmbh.de)  
[www.afw-gmbh.de](http://www.afw-gmbh.de)

Detailliertere Informationen finden Sie auf unseren Internetseiten, u.a. zu folgenden Themen:

Allgemeine Infos:  
[www.afw-gmbh.de](http://www.afw-gmbh.de)

Vorsorgekatalog:  
[www.vorsorgekatalog.de](http://www.vorsorgekatalog.de)

Infos zur Altersvorsorge / Absicherung:  
[www.lv-Angebote.de](http://www.lv-Angebote.de)

Infos zur "Riester-Rente":  
[www.riester-produkte.de](http://www.riester-produkte.de)

Infos zur "Rürup-Rente":  
[www.rueruprenten.de](http://www.rueruprenten.de)

Infos zu Krankenversicherungen:  
[www.kv-Infos.de](http://www.kv-Infos.de)

Vergleich gesetzlicher Krankenkassen:  
[www.gesetzlichekrankenkassen.de](http://www.gesetzlichekrankenkassen.de)

Infos zu Sozialreformen:  
[www.sozialreformen.info](http://www.sozialreformen.info)

Investmentfonds:  
[www.aktienfonds.com](http://www.aktienfonds.com)

Geschlossene Fonds:  
[www.fondsangebote.de](http://www.fondsangebote.de)

Private Haftpflichtvers. ONLINE:  
[www.privatehaftpflicht.de](http://www.privatehaftpflicht.de)

Unfallversicherung ONLINE:  
[www.unfallversicherungen.de.com](http://www.unfallversicherungen.de.com)

Rechtsschutzversicherung ONLINE:  
[www.rechtsschutzweb.de](http://www.rechtsschutzweb.de)

Dieser Newsletter im Internet:  
[www.afw-gmbh.de/aktuell/aktuell.html](http://www.afw-gmbh.de/aktuell/aktuell.html)

Bestellung und Abbestellung des Newsletters:  
[www.afw-gmbh.de](http://www.afw-gmbh.de)

Und zusätzlich liegen uns von fast allen privaten Krankenversicherungen bereits Garantieerklärungen vor, daß diese bei einer doch festgestellten Mitgliedschaft in der Gesetzlichen Kasse den Vertrag ohne weiteres rückwirkend wieder aufheben.

Insofern ist ein Wechsel in die Private Krankenversicherung - für den, der es kann - heute attraktiver denn je! Denn dort sind die Leistungen auf keinen Fall kürzbar (Leistungsvertrag!), die PKV unterliegt nicht dem Problem der vergreisenden Bevölkerung der Bundesrepublik und bei manchen Versicherungen gibt es sogar Beitragsrückerstattungen bis zur Hälfte der gezahlten Beiträge bei insgesamt exzellenten Leistungen ohne Budgetprobleme und Wartezeiten beim Arzt.

Kehrseite der Medaille ist natürlich, daß Beitragserhöhungen durch Inflation bzw. allgemeine Kostensteigerung im Gesundheitswesen nicht durch Leistungskürzungen aufgefangen werden können, sondern voll auf die zu zahlenden Beiträge durchschlagen.

Individuelle Angebote erstellen wir Ihnen gerne unter <http://www.kv-Infos.de>.

## 7. Und dann war da noch...

...der AOK-Bundesverband, der sich laut einer Meldung der Financial Times Deutschland vom 14.08.2006 weigert, dem Gesundheitsministerium zur Vorbereitung auf den Fonds die Schulden seiner jeweiligen Mitgliedskassen mitzuteilen. Angeblich beruft man sich darauf, daß die Überwachung der AOKn nicht Bundes- sondern Ländersache sei. By the way: Die Verschuldung aller AOKn zusammen soll Ende 2005 bei ca. 1,7 Mrd. EUR gelegen haben.

### Aktuelle Artikel von Thomas Adolph zum Weiterlesen:

- Euro am Sonntag vom 16.07.2006: Vermögensplanung
- Focus Money vom 12.07.2006: Die neue Lebensversicherung